

Die neue Wahlgesetzvorlage.

Die zweite Kammer setzte gestern die allgemeine Beratung über das Königl. Dekret Nr. 21, die Gesetzesentwürfe, Wahlrechtsänderung betreffend, fort. Zunächst ergriff Abgeordneter Georgi das Wort und widerlegte zuerst die vorgelegten Ausführungen des Abg. Schubert. Die Vorlage vertrete gerade die Interessen des Mittelstandes, der als zweite Klasse das Jünglein der Waage bilden werde. Eine Erhöhung des Zensus, der Schubert nicht abgeneigt gewesen sei und die der Regierung doch eigentlich nach der historischen Entwicklung der Dinge näher gelegen hätte, wäre wahrhaft reaktionär gewesen und man sei der Regierung dankbar, daß sie auf eine solche Erhöhung des Zensus nicht gekommen sei. Die Sozialdemokratie habe am Mittwoch wie gewöhnlich zwei Gesichter gezeigt: ein friedlich-harmloses und ein drohend revolutionäres. Das friedlich-harmlose Gesicht sei freilich notwendig gewesen, um alle die Ausführungen von Entrechtung, Klassenpolitik und Bergewaltigung vorbringen zu können. Wenn Geys die Nationalliberalen als Vandalenverächter verdächtigt habe, so werde damit nicht verwirft werden, daß die Sozialdemokratie sich immer zu den Feinden des Vaterlandes gehalten habe, jede Ausgabe für Stärkung des Reiches als verdammenwertigen Militarismus bezeichne und bei jedem Konflikt mit dem Auslande auf dessen Seite stehe. Der Vorwurf, daß mit dem Entwurf Klassenpolitik getrieben werde, sei unmaß, und zu diesem Vorwurfe seien die am wenigsten berechtigt, die offen erklärten, nur Klassenpolitik zu treiben und in Feindschaft gegen einzelne Klassen zu leben. Schließlich beantragte Abg. Georgi die Ueberweisung des Entwurfs an die Gesetzgebungsdeputation.

Hierauf sprach Abg. Stolle-Geisau gegen den Entwurf und tadelte insbesondere, daß die indirekten Steuern bei Ermittlung des Steuerbetrages außer Acht gelassen würden. Abg. Preibisch begründete, warum er entgegen der Mehrzahl seiner nationalliberalen Parteigenossen gegen die Vorlage stimmen werde: er halte den Entwurf nicht für notwendig und, da er die Agitation vermehren und Mißmuth erregen werde, für schädlich. Namens der Minderheit der nationalliberalen Partei, der Abg. Kollfuß, Ritter-Großschönau, Kästner und Preibisch erklärte Abg. Kollfuß aus den von Preibisch angeführten Gründen den ablehnenden Standpunkt dieser Minderheit, die für eine Ueberweisung des Entwurfs an die Gesetzgebungsdeputation stimmen werde, in der Hoffnung, daß ihre Vorschläge doch noch vielleicht Berücksichtigung finden würden. Hierauf trat Abg. Matthes sehr warm für die Vorlage ein, während Abg. Theuerhorn sich dagegen aussprach. Weiter bezieht sich Abg. Huste seine endgültige Entscheidung bis nach Rückkehr des Entwurfs aus der Deputation vor.

Abg. Dr. Windwig hielt das Gesetz für unannehmbar. Der Antrag der Regierung sei ihm überraschend gekommen. Redner wandte sich in seiner weiteren Rede gegen das neue Gesetz. Abg. Behrens: Er habe erst schwere Bedenken gehabt, da er glaube, daß durch das Classensystem der Mittelstand in seinen Rechten geschädigt werde, doch heute sei er im Prinzip mit dem Gesetz einig, trotzdem er kein Freund des indirecten Wahlrechtes sei. Die Erfolge, die man mit dem directen Wahlssystem im Reichstage gehabt, könnten ihn nicht ermutigen, für das directe Wahlssystem zu stimmen, denn der Reichstag sehe schon lange nicht mehr auf der Höhe, auf der er stehen sollte. Für ihn würde die

Sache noch ganz anders liegen, wenn die hier mit sitzenden sozialdemokratischen Abgeordneten auch wirkliche Vertreter der Arbeiter wären. Hier erhob sich ein Tumult bei den Sozialdemokraten, da dieselben dem Redner verschiedene Aeußerungen zuriefen. Abg. Behrens wandte sich weiter in scharfen Ausdrücken gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten. Abg. Schubert (Ref.): Zur weiteren Besserung unserer politischen und sozialen Lage gehöre entschieden die Regsamkeit, doch werde durch das neue Wahlgesetz diese Regsamkeit unter den Arbeitern erstiftet und man könne keinen Einfluß mehr auf die gutgesinnten Arbeiter ausüben. Er könne die Annahme dieser Vorlage nur als verhängnisvoll bezeichnen. Abg. Horst (conf.) wandte sich gegen den Abgeordneten Theuerhorn und gegen die Sozialdemokraten. Abg. Frähdorf (Soz.) erklärte sich gegen den Ausspruch des Abg. Niethammer, der gesagt habe, die jungen Leute unter 21 Jahren würden von der Sozialdemokratie verpestet. Die ganze Vorlage sei ein Compliment an die Sozialdemokratie, denn die Regierung habe sich damit dankbarer erklärt und könne mit ihren anderen Kampfmitteln gegen die Sozialdemokratie nichts mehr ausrichten. In Dresden trete kein anderes Organ für die Vorlage ein als die Postzeitung auf der Marienstraße und das von der Bevölkerung bezahlte „Dresdener Journal“, die Dresdener Bevölkerung sei jedoch gegen die Vorlage. Wer zur ersten Klasse gehöre, der möge auch länger beim Militär dienen und im Kriege vorgestellt werden und die Wähler dritter Klasse hinter dieselben. Durch die Vorlage könnten höchstens die sozialdemokratischen und reformerischen Abgeordneten aus der Kammer entfernt werden. Die Sozialdemokratie würde dann gegen die Wahl agitiren und das Gesetz zu discreditiren suchen. (Unruhe im Hause.) Die Sozialdemokraten würden nicht für eine Deputationsüberweisung stimmen. Der ganze Gesetzesentwurf sei ein Raub an den Rechten des Volkes und die Sozialdemokraten würden dafür sorgen, daß die Regierung diesen Raub nicht in Frieden genießen könne. Abg. Dr. Mehnert-Dresden wandte sich gegen die Ausführungen des Abg. Schubert und beleuchtete die Eintheilung der Wähler, die der Genannte vorgeschlagen habe. In scharfer Weise polemisirte er dann gegen das Gedächtnis der Sozialdemokraten den Arbeitern gegenüber und rief ihnen zu: „Ihnen (den Sozialdemokraten) kommt es gar nicht darauf an, was aus den Wählern wird!“ Dann geisterte er dieselben als Retter der Kultur, indem er verschiedene Ausführungen Liebnechts verlas, die dieser in den 70er Jahren gemacht. Dieser sagte u. A., daß die Sozialdemokraten die Kultur des Mittelstandes zerstören wollten und dann, daß die persönliche Freiheit desselben beschnitten werden müßte. Verblüffend wirkte auch das Citat aus Liebnechts Werken, wo er sagt: „Weg mit dem Cultus des allgemeinen und directen Wahlrechtes.“ Nachdem er dann noch den Brief Bismarcks verlesen, in dem dieser am Schlusse der schäblichen Regierung Glück und Gedeihen zum Vorgehen in der Wahlreform wünscht, wandte er sich gegen Frähdorf und seine Empörung darüber Ausdruck, daß der genannte Abgeordnete erklärt habe, es könnten noch so viele socialpolitische Gesetze geschaffen werden, die Arbeiter plätten doch darauf.

Es wurde hierauf ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Nach einigen persönlichen Bemerkungen mehrerer Herren gelangte sodann der Antrag Georgi (Ueberweisung der Vorlage an die Gesetzgebungsdeputation) gegen 14 Stim-

men zur Annahme. — Die eingegangenen 449 Proteste und Petitionen wurden ebenfalls der Deputation überwiesen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Fürst Bismarck hat, wie nach den „Berl. N. N.“ verlautet, in der Unterredung mit dem Staatssekretär Dr. Lepus am Montag in Friedrichsruh seiner Befriedigung darüber wiederholt Ausdruck gegeben, daß das deutsche Volk in so kräftiger und so einmüthiger Weise seine Sympathien für Transvaal kundgethan habe. Die Depesche des Kaisers an den Präsidenten Krüger hat den Fürsten erfreut.

Der Herausgeber der „Preussischen Jahrbücher“, Prof. Delbrück, ist zum ordentlichen Professor der Geschichte an der Universität Berlin ernannt worden. Zu dieser Ernennung wird der „Tägl. Absh.“ aus glaubwürdiger Quelle berichtet, daß sie nicht auf Antrag der Fakultät erfolgt ist, die bekanntlich seine schon vor zwei Jahren gewünschte Ernennung ablehnte, sondern auf Anregung von höherer Stelle. Sie sollte, wie ausdrücklich bemerkt wird, für den genannten Gelehrten gewissermaßen eine Sühnung für das bekannte Einschreiten der Behörden gegen ihn wegen seiner Aeußerungen in den „Preussischen Jahrbüchern“ bedeuten und klar feststellen, daß an der altpreussischen Ueberlieferung, nach der jeder frei seine Meinung sagen dürfe, nicht gerüttelt werden solle.

In der bayerischen Kammer der Abgeordneten fand gestern gelegentlich der Besung des Justizetats ein Antrag Luy zur Beratung, welcher sich gegen die Beinträchtigung des Handwerks durch den Verkauf von Gefängnisarbeiten wendet, die Verwendung der Sträflinge zu landwirtschaftlichen Kulturarbeiten fordert und die Einrichtung überseischer Strafkolonien in Anregung bringt. Im Centrum wurde ein Gegenantrag gestellt, der die Regierung auffordert, ihre bisherigen Bestrebungen zum Schutze des Handwerks gegen die Konkurrenz der Gefängnisarbeit fortzusetzen und mit den übrigen Bundesstaaten Vereinbarungen zu gleichmüthiger Regelung des Absatzes von Gefängnisarbeiten zu treffen. Gegen den Gedanken überseischer Strafkolonien wandten sich Redner aller Parteien. Auch der Justizminister Dr. von Konrad wies diesen Plan entschieden zurück und betonte, daß eben erst der in München weilende frühere Gouverneur von Kamerun, Zimmerer, es als die unglücklichste Idee bezeichnet habe, überseische Strafkolonien zu begründen, weil dadurch das Uebergewicht der weißen Rasse erheblich leide. Schließlich wurde der Antrag Luy abgelehnt und der Centrumsantrag angenommen.

Am Reichstage. Der Reichstag trat gestern in die Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes ein. Abg. Dammacher (nl.) begrüßte mit Befriedigung die Erklärung der Regierung in der Budgetkommission, daß man nicht beabsichtige, eine Vorlage zu machen, welche auf eine Vermehrung der Nothe abzielen würde. Für die entschlossene, energische und umsichtige Haltung des Auswärtigen Amtes in der Transvaal Angelegenheit spreche er den aufrichtigen Dank aus. Er sei stolz darauf, in dem Telegramm des Kaisers an den Präsidenten der Südafrikanischen Republik den Ausdruck des deutschen Selbstbewusstseins zu finden. Er hoffe, daß es der deutschen Diplomatie gelingen werde, die Klut, die seit der Transvaal Angelegenheit zwischen England und Deutschland zu bestehen scheint, allmählig wieder zu schließen. Staatsminister Frhr. v. Marschall führte aus, daß der Südafrikanischen Republik durch die mit England 1884 abge-

Im Banne des Verhängnisses.

Roman von Maximilian Beyhold.

26

Hermann Strombeck schweig. Rüdiger bot ihm zuerst die Hand.

„Wieviel besser wäre es für uns Alle gewesen, wenn Sie uns das früher mitgetheilt hätten,“ sagte er bewegt. „Wir würden Ihnen sicherlich Glauben geschenkt haben, denn wir konnten das jährgornige Temperament unseres Vaters; wir hätten dann auch eine Waffe gegen den Schurken gehabt, der meinem Bruder das Leben so sehr verbittert hat.“

„Dieser Vorwurf ist gerecht,“ fügte Archimbold hinzu, indem er dem Bankier nun auch die Hand reichte, „aber er ist auch der einzige, den ich Ihnen machen will. Wenn ich die Gründe nicht billige, die Sie zur Verschwiegenheit veranlassen, so kann ich sie doch begreifen; wir wollen nun nicht mehr streng darüber richten — das Geschehene läßt sich nicht ändern.“

„So ist es recht,“ nickte Abraham Stern. „Herr von Wittmer, sagen Sie das nicht auch?“

Dieser blickte fragend seine Frau an, dann erhoben sich Beide, und mit einem Jubelruf zog Archimbold sie an seine Brust. „Ich hab' Sie Unrecht gelhan,“ sagte der Hauptmann in seiner barschen Weise; „ich war's nicht allein — in meinem Vorurtheil wurde ich durch die Andern bestärkt; es hat eben jeder an Dir gemißhandelt. Nun aber wollen wir Frieden halten.“

„Die Verleumder werden nun ihren Lohn erhalten,“ erwiderte Rüdiger mit Inverächtlichkeit.

„Und geschieht das nicht, so mögen Sie von meinen Mittheilungen Gebrauch machen, so weit es Ihnen notwendig zu sein scheint,“ sagte der Bankier, von dessen Stirn die finsternen Schattengewunden waren. „Ich fürchte nun nichts mehr, seitdem ich Ihr Vertrauen besitze. Wie wollen Sie es nun mit dem Kapital halten? Mit Bins und Binselens hat es die Höhe von nahezu zwanzigtausend Thalern erreicht.“

„Ich verzichte darauf,“ antwortete Archimbold rasch

„Ich ebenfalls,“ sagte Rüdiger. „Wenn Du es haben willst, Irma —“

„Nein,“ fiel ihm der Hauptmann mit einer abwehrenden Handbewegung ins Wort, „ich kann mir nicht denken, daß dieses Geld und Segen bringen würde. Wir haben, was wir brauchen.“

„So schlage ich vor, daß wir dieses Kapital zu einer milden Stiftung verwenden, welche den Namen unseres Vaters führen soll,“ sagte Archimbold, und seine Gesichtszüge stimmten ohne Jögern bel. „Das Nähere können wir so einmal später beraten.“

„Anderes muß heute noch geordnet werden,“ nahm Abraham Stern wieder das Wort. „Zwei junge Menschenherzen harren ungeduldig der Befreiung aus banger Ungewißheit über ihr Loos.“

Baron Archimbold richtete seine Augen auf den Bankier und meinte: „Sie werden Ihre Einwilligung aus nicht mehr verweigern, Herr Strombeck?“

„Ich gebe sie mit frohem Herzen,“ antwortete der Bankier, in dessen Augen die Freude aufleuchtete. „Binden Sie gegen diese Verbindung nun nichts mehr einzuwenden, so muß mir dies ja ein Zeichen sein, daß Sie mir vollkommen verziehen haben.“

„Gott sei Dank!“ sagte Irma, die Hand auf den Arm Rüdigers legend. „So haben wir Alle endlich den lang entbehrten Frieden gefunden.“

„Und ich darf bei meiner Abreise wohl die Hoffnung mitnehmen, daß Ihr ihn als ein treues Gut bewahren werdet,“ sagte Rüdiger voll Herzlichkeit.

Erwin war bei den letzten Worten eingetreten. Sein finstres Antlitz heiterte sich auf, als ihm aus Aller Augen nur Freude entgegenleuchtete.

Herr Strombeck nimmt seine Wegleitung zurück, mein lieber Sohn,“ sagte Archimbold, indem er Erwin's Hand ergreift und ihn zu dem Bankier führt, der sich von seinem Sitze erhoben hatte. — Wir segnen Beide Euren Bund.“

„Machen Sie meine Euna glücklich, so werde ich ebenfalls sein,“ fügte Strombeck hinzu, die Hand Erwin's drückend. „Ich freue mich von ganzem Herzen, daß die Gründe, welche

mich zwangen, Ihnen so scharf entgegen zu treten, nicht schuldhaftig gefunden worden sind.“

„Nach diesen Gründen zu fragen, erlaube ich Dir nicht,“ fuhr Baron Archimbold fort; „Sie gehen nur mich und meine Geschwister an. Der Wagen steht bereit — esse zu Deiner Brant und bringe sie uns hierher. Dieser Tag soll für uns Alle ein Tag der Freude sein.“

Erwin brach, freudig gerührt, Allen die Hände, dann eilte er hinaus, und bald rollte der Wagen von dannen.

Baron Rüdiger blieb gerne noch einige Monate in der alten Heimath; er hatte ja Frieden in der Familie gestiftet und erntete reichen Dank dafür. Darum war er schon jetzt entschlossen, sein Haus in Buenos Aires seinem Sohne zu übergeben und dann wieder zu seinen Geschwistern zurückzukehren.

Heinrich Schwanenberg war nun auch ein gefeierter Mann. Der Arzt erklärte Jedem, der es hören wollte, er ziehe vor diesem Schwager voll Hochachtung den Hut ab und bedauere nur, daß derselbe seinen Beruf verfehlt habe und nicht Untersuchungsrichter geworden sei. Und in der That war die Stadt dem jovialen Manne zu großem Danke verpflichtet. In die Enge getrieben und wohl auch in der Hoffnung, für sich selbst ein milderes Urtheil zu erwirken, verriet er Weidenmacher alle Mitglieder der Raubbande, die mit dem Verächter und dem ehemaligen Verwalter zu einer mehrjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt wurden. Christian Lamm aber wanderte nach Amerika aus, um dort das angenehme Dasein zu suchen, das er in seinem Vaterlande nicht gefunden hatte.

Baron Archimbold und der Bankier Strombeck lebten nun auf, als die schwere Last von ihnen abgenommen war; das Glück ihrer Kinder verjüngte sie wieder. Auch Onkel Heinrich kam nun auf einen grünen Zweig, nachdem Rüdiger ihm die Vertretung einiger großer Geschäftshäuser verschafft hatte.

Die beiden Brautpaare feierten ihre Doppelhochzeit auf dem Gute des Barons Archimbold. Bei diesem Fest hielt Doktor Wegmar Winterfeld, „das Herz von Gold,“ wie Jeder ihn nannte, die Tischrede; sie schloß mit einem „Hoch!“ auf Rüdiger, den Friedensstifter, der Gottes Willen zum Stillstand gebracht hatte.

23, 19